



SP ist gegen Privatisierung

Wirtschaftspolitik Die Aargauische Industrie- und Handelskammer und der Aargauische Gewerbeverband haben eine Studie zur Privatisierung von Staatsbetrieben in Auftrag gegeben. Sie kommt zum Schluss, dass der Kanton mindestens bei vier Firmen seine Anteile verkaufen soll. Nun verlangen Handelskammer und Gewerbeverband einen Teilverkauf der Aargauischen Kantonalbank und der AEW Energie AG.

Bei den Sozialdemokraten kommt diese Forderung schlecht an. Die SP Aargau stelle sich entschieden gegen den geforderten Teilverkauf verschiedener Unternehmen wie der Aargauischen Kantonalbank, der AEW Energie AG oder der Kantonsspitäler, schreibt die Partei in einem Communiqué. Die Auftragsstudie diene einzig der Begründung von Privatisierungsforderungen. Dies sei unseriös.

Studie ist nicht aus Sicht des Gemeinwohls verfasst

Die am Dienstag präsentierten Zahlen überraschten wenig, schreibt die SP weiter: «Schliess-

lich waren es die Wirtschaftsverbände selbst, die das Basler Büro für Volkswirtschaftliche Beratung (BSS) beauftragt hatten, die Beteiligungen des Kantons an diversen Unternehmen zu prüfen.» Die Studie könne nicht als Beurteilungsgrundlage herangezogen werden, da sie «nicht aus der Perspektive des Gemeinwohls, sondern nur aus der Sicht der privaten Unternehmen verfasst wurde und deren Interessen ins passende Licht rückt», heisst es in der Mitteilung.

Ein fundamentaler Angriff auf den Service public

Selbst die Autoren der Studie gäben zu bedenken, dass sie nicht alle Faktoren für eine kantonale Beteiligung geprüft hätten, weil dies nicht Teil des Mandats gewesen sei. «Die Studie ist nicht neutral. Privatisierungen können nicht nur aus Profitinteressen des reichsten Prozents geschehen. Die negativen Auswirkungen auf die ganze Gesellschaft müssen betrachtet werden», lässt sich SP-Grossrätin Mia Jeni in der Mitteilung zitieren.

Weiter weist die SP darauf hin, dass eine staatliche Dienst-

leistung eine Grundversorgung in den zentralen Lebensbereichen wie Gesundheit, Strom und Finanzen garantiere. Nora Langmoen, Co-Präsidentin der SP Aargau, lässt sich folgendermassen zitieren: «Für die SP Aargau stellt die Forderung einen fundamentalen Angriff auf den Service public dar. Eine Privatisierung der Kantonsspitäler oder beispielsweise des AEWs ist keine Option.»

Bei einer Privatisierung der Kantonsspitäler besteht laut SP beispielsweise die Gefahr, dass weniger profitable, aber essenzielle Leistungen, wie die Geburtshilfe, die Geriatrie oder die Behandlung von Kindern, abgebaut werden. Unter der Profitlogik würden den Sozialdemokraten zufolge nicht nur Patientinnen und Patienten leiden, sondern auch die Angestellten, beispielsweise aufgrund von zu hohem Leistungsdruck für mehr Profitabwurf. «Denn private Unternehmen agieren nicht immer im Interesse der Bevölkerung, sondern häufig aus rein wirtschaftlichem Interesse», so die SP. (mn)